



Presseinformation

GEW fordert, die Beamtinnen und Beamten nicht von den Tarifergebnissen abzukoppeln

Mehr als 2.000 Landesbeamtinnen und -beamte aus ganz Rheinland-Pfalz demonstrierten heute vor dem Landtag gegen die geplante Abkoppelung der Beamtenbezüge von den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst, darunter sehr viele Lehrerinnen und Lehrer aus allen Schularten. Zu der Kundgebung hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften GEW, ver.di, GdP und IG BAU sowie der Deutsche Beamtenbund gemeinsam aufgerufen.

Die Landesregierung sieht vor, die Bezüge ab 2012 fünf Jahre lang nicht mehr an den von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern erzielten Tarifergebnissen für die Beschäftigten der Länder auszurichten, sondern den Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz nur noch eine Besoldungserhöhung von einem Prozent pro Jahr zu gewähren. Darüber hinaus soll es Einschnitte bei der Beihilfe und beim Familienzuschlag sowie die gänzliche Streichung der vermögenswirksamen Leistung geben.

„Die GEW lehnt die von der Landesregierung geplanten Belastungen der Beamtinnen und Beamten strikt ab“, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer. „Damit entfernt sich die Rot-Grüne Koalition von dem bislang bundesweit geltenden Konsens, dass die Beamtenbesoldung dem Tarifrecht folgt. Sie provoziert damit eine Abwanderungswelle in benachbarte Bundesländer, die ihre Landesbediensteten besser bezahlen. Gerade im Schuldienst wird dies negative Konsequenzen haben“, prognostiziert der GEW-Landesvorsitzende, der darauf verwies, dass bereits zu Beginn dieses Schuljahres viele junge Lehrerinnen und Lehrer in die Nachbarländer abgewandert seien, weil sie dort Lehrerplanstellen erhielten, während sie in Rheinland-Pfalz keine Stellenangebote bekommen hätten. „Dieser Konkurrenzkampf wird sich verschärfen, wenn Rheinland-Pfalz in der Besoldungsskala an das Ende der Bundesländer abrutscht“, sagte Hammer, der die Landesregierung aufforderte, von ihrer „Gutsherrenhaltung“ abzurücken und die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und den Bundesländern auch in Zukunft zu beachten.

Mainz, den 03.11.2011

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>